

Resolution: „Rote Karte für den Zwang zum Heizungstausch“ – FREIE WÄHLER fordern Stopp des Gebäudeenergiegesetzes

Das Heizungsgesetz ist eigentumsfeindlich und sozial ungerecht. Es setzt ideologisch einseitig auf Wärmepumpen, ignoriert die Chancen der Umrüstung der bestehenden Gas-Infrastruktur auf Wasserstoff und diskriminiert die Nutzung von Brennholz in Neubauten. Viele werden sich den teuren Heizungstausch trotz der versprochenen Förderungen nicht leisten können. Die einseitige Ausrichtung auf Wärmepumpen löst einen massiven Sanierungsbedarf im Bestand aus und führt zur Entwertung von Häusern. Zudem wird es technisch gar nicht möglich sein, ausschließlich auf Stromheizungen zu setzen und so viele Öl- und Gasheizungen zeitnah in Wärmepumpen zu tauschen

Kostenwahnsinn:

Der geplante Zwangsumtausch zerstört Lebenswerke. Besonders belastet werden ältere Bevölkerungsgruppen, die von der Bank keinen Kredit mehr bekommen, und die ländliche Bevölkerung, die keine Wärmenetze vor der Haustür haben, wenn sie in bisher nicht ausreichend sanierten Gebäuden wohnen. Mit einem verpflichtenden Heizungstausch werden in der Regel aufwendige Sanierungsmaßnahmen (Außenwand, Dach, Keller etc.) verbunden sein, die oft ein Volumen von über 100.000 Euro ausmachen können.

Gleichzeitig spitzt sich die Situation im Wohnungsbau durch immer strengere Vorgaben weiter zu. Allein der technische Ausbau bei Neubauten seit dem Jahr 2000 wegen neuer Effizienz- und Wärmeschutzvorgaben um 318 Prozent teurer geworden. Für Durchschnittsverdiener ist Wohneigentum damit kaum mehr bezahlbar. Wir FREIE WÄHLER setzen alles daran, der Traum vom Wohneigentum für die Mitte der Gesellschaft erschwinglich bleibt. Eine hohe Wohneigentumsquote macht unser Land krisenfest, schützt vor Altersarmut, schafft generationenüberdauernde Werte und erhöht die persönliche Freiheit in unserem Land.

Technologieoffenheit:

Mit dem klimapolitisch festgelegten 65 Prozent-Kriterium wollen das Bundeswirtschafts- und das Bundesbauministerium technologische Alternativen weiter reduzieren und politisch gewünschte Heizungstechnologien (wie Wärmepumpen) durchsetzen. Es werden Zwangsvorgaben anstelle von Anreizen gesetzt und technologische Alternativen ausgeschlossen (z. B. Biomasseheizungen im Neubau, die auf Basis von Holz in Form von Hackschnitzeln, Scheitholz oder Pellets betrieben werden). Die Technologieoffenheit wird somit erheblich zugunsten der staatlich gewünschten Heizungstechnologien, die im Preis vermutlich noch deutlich steigen werden, eingeschränkt.

Mit der einseitigen Ausrichtung auf Wärmepumpen fährt der Bund die Heizungswende an die Wand. Die Heiztechnik muss auch zukünftig zum Gebäude passen. Während im Neubau vielfach gut eine Wärmepumpe verbaut werden kann, steht im Altbau der Sanierungsaufwand in keinem Verhältnis. Momentan heizt jeder zweite der 41 Millionen Haushalte in Deutschland mit Erdgas. Wir müssen deshalb vorhandene Netze und Heizungen – wo sinnvoll möglich - wasserstofffähig machen. Unser Gegenstrategie zu Habecks Verschrottungsplänen lautet: Zulassen, dass vorhandene Heizsysteme durch Wasserstoff dekarbonisiert werden.

Bürokratiemonstrum:

Regulierung und Reglementierung (inkl. Bescheinigungen) nehmen deutlich zu, es wird zu einem enormen Bürokratieaufwand für die Beteiligten kommen. Außerdem besteht eine erhebliche Unsicherheit über die Verfügbarkeit der technischen Geräte und der fachlich geschulten Heizungsinstallateure. Gleichzeitig lehnen Handwerker es verständlicherweise ab, Kontrolleure des Zwangstausches zu sein.

Verfassungsrechtlich bedenklich sind auch die geschaffenen Ausnahmeregelungen. Das Hausbesitzer, die über 80 Jahre alt sind, von der 65-Prozent-Vorgabe beim Einbau neuer Heizungen ausgeschlossen sind, stellt nach unserer Ansicht nach einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz dar. Es ist nicht ersichtlich, warum ein 79-Jähriger eine teure Wärmepumpe einbauen muss, der ein Jahr ältere Nachbar dagegen nicht.